

PERSONALIEN

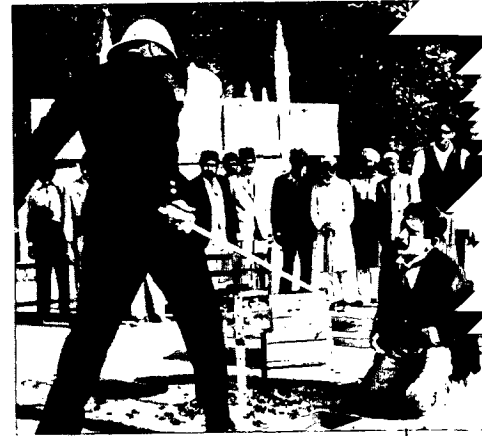
Horst Ehmke, 56, stellvertretender Fraktionschef der SPD, bekam in Rom nach Kontaktgesprächen mit den italienischen Sozialisten, Sozialdemokraten, Republikanern und Kommunisten einen Korb von der Regierungspartei, der Democrazia Cristiana (DC). Der neue DC-Chef Ciriaco De Mita lehnte ein Treffen mit Ehmke ab, weil „die Sozialdemokraten ja nun Oppositionspartei“ seien und „weil man sich nicht den deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl vergrämen“ wolle, den eine DC-Delegation unter Leitung De Mitas in der vorigen Woche in Bonn besucht hatte.

Ekkehard Eickhoff, 55, bislang Bonns Vertreter in der Apartheid-Hauptstadt Pretoria und künftig Botschafter in Dublin, mag nicht glauben, daß die Entscheidung über seine Abberufung (wie vom SPIEGEL berichtet) auf Druck von CSU-Chef Franz Josef Strauß während der Koalitionsverhandlungen zustande gekommen ist. Schon Ende letzten Jahres, so Eickhoff, habe ihm Genscher „in alter freundschaftlicher Verbundenheit“ den neuen Posten in Irland angeboten. Strauß intervenierte bei Genscher aller-

dings zu einem noch früheren Zeitpunkt: Unmittelbar nach der „Wende“ im Oktober hatte er die Ablösung des entschiedenen Apartheidsgegners Eickhoff aus Südafrika verlangt.

Paul Newman, 58, blauäugiger Hollywood-Star mit grüngetönter Polit-Philosophie, weiß jetzt schon, wie er den letzten Augenblick seines Lebens verbringen möchte, wenn es zu einer Atom-Katastrophe kommen sollte. Den Redakteuren des „Playboy“-Magazins vertraute Rüstungsstopp-Anhänger Newman an, er brenne darauf, in Gegenwart des amerikanischen Verteidigungsministers Caspar Weinberger zu verschmoren. Der Star: „Ich möchte nur gern noch auf Weinberger zugehen und ihm sagen können: ‚Nun erzähl bloß nicht, ich hätte dich nicht gewarnt, du arschloch.‘“

Manfred Rommel, 54, CDU-Oberbürgermeister von Stuttgart, läßt Stadstreichen, die sich in der City tagsüber zu Trinkgelagen versammeln, „ab sofort“ den Alkohol polizeilich entziehen. Um die Fußgängerzonen der Innenstadt, dar-



Sir Richard Attenborough, 59, britischer Regisseur, dessen Film über das Leben Gandhis vorletzte Woche in Hollywood mit acht Oscars ausgezeichnet wurde, sagte eine geplante Südafrika-Reise kurzfristig ab. In Johannesburg hatte Attenborough (Photo r.) auf Einladung an der dortigen „Gandhi“-Premiere teilnehmen wollen. Grund: Einige Szenen seines Films spielen in dem Apartheidsstaat und zeigen, wie der junge Gandhi von weißen Soldaten geprügelt wird (Photo o.). Daß die Vorführung vor ausschließlich weißem Publikum stattfinden sollte, schien den Regisseur („Ich bin kein Politiker“) zunächst nicht gestört zu haben. Erst als seine Absicht publiziert wurde und Empörung auslöste, lenkte Attenborough ein: „Ich will dem Vermächtnis Gandhis nicht zuwiderhandeln.“



Heinz Suhr, 31 (Photo), Pressesprecher der Grünen im Bundestag, hat Probleme mit dem gerade angeschafften Dienstfahrrad der Neuparlamentarier. Das Vehikel war kaum in Dienst gestellt, da wollte Peter Spary, Hauptgeschäftsführer der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung, den Grünen einen Streich spielen und das Fahrrad entwenden, um damit in sein Büro zu radeln. Spary erwischte aber das nahezu identische Gefährt eines im Abgeordnetenhaus tätigen Handwerkers, der sich erst wieder beruhigte, als er das Rad, vom reumütigen Spary mit einem Kasten Bier beladen, zurückbekam. Doch auch mit dem echten Grünen-Rad gibt es Ärger, es mangelt am Dienstparkplatz: Auf der Stellfläche am Bundeshaus sind nur Autos zugelassen.

unter vor allem auch den Marktplatz direkt vor Rommels Rathaus, von singenden Säufern freizuhalten, hat Rommel den Alkoholkonsum auf „Verkehrsflächen“, insbesondere in Fußgängerzonen, als „verkehrswidrige Nutzung“ erklärt, die „in dieser Form nicht mehr hingenommen“ werde. Den Pennern – rund 2000 treiben sich ständig in Stuttgart herum – wird der Alkohol weggenommen; beschlagnahmte Flaschen werden in einer ehemaligen Zuckerfabrik verwahrt, „und dort gegen Empfangsbcheinigung an bestimmten Tagen herausgegeben“. Angebrochener und verderblicher Alkohol „wird vernichtet“. Rommel weiß zwar, daß Stadstreicher kein Bußgeld bezahlen könnten, er behält sich jedoch bei Zuwiderhandlung die „Ahndung nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz“ in Fällen von unzulässigem Lärm und Belästigung der Allgemeinheit vor.